

## «Der freie Markt ist der beste Regulator»

Das Geldsystem sollte privatisiert werden, sagt der Luzerner Privatbankier Karl Reichmuth

Von Daniel Schindler

**Luzern.** Die Herausgabe von Geld und die Schaffung von Währungen sind Sache des Staates, nicht von Privaten. Das sei einer der Hauptgründe für die derzeitige Schuldenkrise der Staaten, sagt der Luzerner Privatbankier Karl Reichmuth – und plädiert vehement für die Privatisierung des Geldsystems.

**BaZ:** Herr Reichmuth, warum wollen Sie das Geld privatisieren?

**Karl Reichmuth:** In meinen mehr als 50 Jahren Erfahrung als Banker habe ich eines gelernt: Die sogenannte Unabhängigkeit der Nationalbanken ist keineswegs gegeben. Dadurch steigt tendenziell die Gefahr, dass diese die Geldmengen massiv ausdehnen, und zwar als eine von oben verordnete planwirtschaftliche statt eine pragmatische marktwirtschaftliche Massnahme.

**Aber ist es nicht genau das Instrument, mit dem Krisen eben gut abgedeckt werden können, so wie wir das seit 2008 in den USA und seit dem Aufflammen der Eurokrise auch in Europa sehen?**

Natürlich kann man nicht einfach behaupten, die gegenwärtig getroffenen Massnahmen seien alle falsch. Sie sind aber nur kleine Pflaster auf einen eigentlichen offenen Beinbruch mit starker Blutung. Es handelt sich also nur um Symptombekämpfung – wenn überhaupt.

**Wo liegt denn aus Ihrer Sicht das eigentliche Grundproblem?**

Das Problem ist, dass sich die Währungen ohne irgendeinen Anker bewegen. Dieser fehlt vollständig, seit der Goldstandard 1971 abgeschafft wurde und Papierwährungen nicht mehr mit Gold unterlegt sein müssen.

«Das Problem ist, dass sich die Währungen ohne irgendeinen Anker bewegen.»

Diese Ankerlosigkeit verursachte, dass die Krisen seit 1971 immer rascher und immer heftiger kamen. Das Problem ist also, dass die Geldmenge immer mehr ausgedehnt wird aufgrund von politischen Überlegungen anstatt aufgrund wirtschaftlicher Notwendigkeiten. Das wiederum führt immer wieder zu Inflation.

**Inflation ist in der Schweiz seit zehn Jahren aber kaum ein Problem.**

Aber sicher nicht, weil unsere Nationalbank so intelligent gearbeitet hat, sondern weil die Staaten im Fernen Osten – allen voran China – billig produzieren, was wir konsumieren, und deswegen die Preise hierzulande nicht auf breiter Front stärker steigen. Das kann sich aber rasch ändern.

ANZEIGE



**Alternative.** Karl Reichmuth glaubt, dass ein Geldsystem ohne staatliche Eingriffe besser funktionieren würde als das heutige.

Und vergessen Sie nicht: Politiker haben Inflation durchaus nicht ungern.

**Warum?**

Weil sich dadurch die Staatsschulden verkleinern.

**Aber auch das Vermögen der Sparer.**

Richtig. Inflation bedeutet nichts anderes als die schleichende Enteignung der Sparer.

**Was wäre denn eine Alternative zum inflationsgefährdeten Papiergeld? Eine Wiedereinführung des Goldstandards?**

Nein. Ich glaube nicht, dass man heute den Goldstandard wieder einführen kann. Dadurch würde sich der Goldpreis verzehnfachen. Hingegen könnte man sich eine Währung vorstellen, bei der das Bruttozonalprodukt eines Landes als ein realer leistungsbezogener Wert unterlegt würde. Denn das heutige Geldsystem basiert im Wesentlichen auf dem Glauben an die Unfehlbarkeit des Staats. Gerade die gegenwärtige Krise zeigt, dass dieser Glaube gefährlich ist.

**Was wäre der Vorteil einer solchen Verankerung des Geldes im Bruttozonalprodukt?**

Der Vorteil wären mehr Sicherheit und Stabilität. Die Ausdehnung der Geldmenge hat erschreckende Ausmasse angenommen. Was daraus entstehen kann, haben wir in den 70er-Jahren gesehen. Damals explodierte die Inflation förmlich. Zudem bringt der Zusammenhang zwischen dem Glauben an die Kreditwürdigkeit eines Staates und der Glaubwürdigkeit einer Währung mehr und mehr Probleme mit sich. Das sehen wir ja jetzt exemplarisch an der Gemeinschaftswährung Euro. Ihre Glaubwürdigkeit als Wertaufbewahrungsmittel sinkt praktisch täglich. Stattdessen flüchten Anleger in aus ihrer Sicht sichere Währungen wie den Franken oder eben in reale Werte wie Gold und Immobilien. Wäre die Währung hingegen an die Leistung der Volkswirtschaft gekoppelt anstatt an den Glauben an den Staat, hätte dieses Geld einen echten Wert. Es wäre sowohl als Tauschmittel wie auch als Wertaufbewahrungsmittel geeignet.

**Müsste nicht klar festgelegt werden, was eine Währung ist und was nicht?**

Nicht unbedingt. Jeder Investor mit grösserem Vermögen bastelt sich ja schon heute gewissermassen seine eigene Währung. Sparer und Vorsor-

ger hingegen sind gefangen im System mit nominellen Werten, also Papiergeld, das jederzeit theoretisch in beliebiger Menge gedruckt werden kann. Wichtig ist doch aber, dass Vermögen, die auch in Zukunft bewahrt werden sollen, nicht im nominellen Bereich verhaftet bleiben, sondern dass sie reale Werte abbilden. Ich denke etwa an die Möglichkeit von Fondslösungen.

**Wie etwa Ihr 2001 aufgelegter Fonds Real Unit?**

Zum Beispiel. Wir bilden mit dem Fonds tatsächlich möglichst nah die reale Wirtschaft ab. Da er im Bruttozonalprodukt verankert ist, kann er so als Index angeschaut werden. Aber unser Fonds ist keineswegs der einzige, der sich dafür eignet, dereinst als Ersatz für Geld gehandelt zu werden. Wichtig ist, dass solche Strategiefonds für Vorsorger passiv verwaltet werden, um die Kosten für kleine Sparbeiträge tief zu halten.

**Ist das eine der Lehren, die Sie gezogen haben aus den aktiven Anlagevehikeln von Bernhard Madoff, bei denen Sie viel Geld verloren haben?**

Nein, damit hat das gar nichts zu tun. Ich habe schon vor 20 Jahren Publikationen unter dem Titel «Indexierung des Geldes» veröffentlicht. Und den Real Unit haben wir 2001 ins Le-

ben gerufen. Da war weit und breit nicht die Rede von Madoff. Zudem kann man sich bekanntlich gegen Betrug nicht schützen, ausser mit einer guten Chancen- und Risikostreuung, wie sie alle unsere Kunden hatten und wie das auch der Real Unit aufweist.

**Zurück zum privaten Geld: Wir haben in der Schweiz Vertragsfreiheit. Da könnte ja jeder im Tausch gegen Waren irgendeine private Währung erschaffen, wie Sie das anregen. Das geschieht aber nicht. Weshalb nicht?**

Beim Geld in seiner Funktion als Wertaufbewahrungsinstrument wird das so gemacht, wie eben die Fonds-

«Staatliches Geld ist alles andere als ein sicheres Instrument der Wertaufbewahrung.»

lösungen zeigen. Da gibt es schon heute unzählige private Alternativen zu staatlichem Geld. Bei der anderen Funktion des Geldes, nämlich jener als Zahlungsmittel, ist das allerdings schwieriger. Ob eine Privatisierung des Geldes hier gelingt, hängt davon ab, wie viele Menschen eine Währung als Zahlungsmittel anwenden.

Deshalb muss man sehr bescheiden beginnen und das tun, was möglich ist. Daraus entsteht dann eventuell ein Wertmassstab und schliesslich ein eigentliches Tauschinstrument.

**Ein solches alternatives Tauschsystem gibt es doch: das WIR-Geld.**

Das WIR-Geld ist ein Spezialfall. Es wurde noch unter dem Goldstandard geschaffen, nachdem in der Weltwirtschaftskrise die Unternehmen aufgrund der knappen Liquidität Geld horteten, statt es zu investieren. Allerdings ist diese zinslose Währung erstens an den Franken gebunden und zweitens nicht mit realen Werten unterlegt. So gesehen gleicht WIR-Geld viel mehr den heutigen staatlichen Währungen als den von mir favorisierten privaten Währungen. Nur dass man mit WIR halt die Steuern nicht bezahlen kann.

**Wie könnten in Ihrem System Koordinationsprobleme bei verschiedenen Geldarten gelöst werden?**

Es würden – wie heute unter den gängigen staatlichen Währungen – Wechselkurse entstehen. Ich glaube, dass dieses System ohne staatliche Eingriffe wesentlich besser funktionieren würde als das heutige. Der freie Markt ist der beste Regulator. Und Konkurrenz ist immer besser als gelenkte Planwirtschaft – das gilt nicht nur für Güter, sondern auch für Geld. Wettbewerb schafft Wohlstand. Dass sich die sogenannte Wohlstandsschere zwischen armen und reichen Menschen immer mehr öffnet, hat einen einfachen Grund: Die kleinen Sparer bleiben im nominellen Bereich, dem Bereich des Papier-

Fortsetzung auf Seite 14

ANZEIGE

### 1,5 Gramm Gold für jeden Dollar

**Basel.** Die Forderung nach einer Privatisierung des Geldes mag ungewöhnlich klingen. Bis zur Entstehung der Zentralbanken im 19. Jahrhundert konnte jedoch jede Bank Banknoten ausgeben. Anders als die Notenbanken heute waren sie jedoch in ihrer Geldschöpfung beschränkt. Wie Karl Reichmuth fordert, musste für jede gedruckte Note eine festgesetzte Menge an Metall unterlegt sein. Ein Dollar war etwa mit 1,5 Gramm Gold unterlegt.

Über Ähnliches denken heute auch Ökonomen nach. «Es geht aber nicht darum, einfach eine neue Währung zu schaffen, sondern deren Glaubwürdigkeit zu sichern, etwa durch die Deckung durch reale Werte», sagt UBS-Ökonom Caesar Lack. In einem freien Wettbewerb werde die Währung gewinnen, die am härtesten ist. Der Basler Wirtschaftsprofessor Peter Kugler wendet ein, dass eine Unterle-

gung mit Metall heute wenig Sinn mache. Denn die Rohstoffpreise sind nicht mehr fixiert. «Der Anteil der Bilanzsumme unterliegt damit voll den Schwankungen des Metallpreises.»

Eine Hinterlegung der Banknoten etwa mit einem Goldwert sei so unmöglich. «Zum Zentralbankmonopol gibt es keine realistische Alternative», konstatiert Kugler. Zwar seien die Währungen nicht mehr gedeckt, jedoch an die Preisstabilität gebunden. Dies setze den Notenbanken klare Grenzen beim Geld drucken. Jedenfalls theoretisch.

Neben dem Franken gibt es in der Schweiz rund ein Dutzend Alternativwährungen. Diese sind an bestimmte Regionen, Geschäfte oder Tauschringe gebunden. In Basel kann etwa in Genossenschaftsläden oder Restaurants mit dem «Bon-Netz»-Bon bezahlt werden. isa

Nachrichten

**Novartis umgeht Strafverfahren in den USA**

**Basel.** Nach jahrelangen Auseinandersetzungen hat sich Novartis vergangene Woche mit den USA auf einen 150-Millionen-Dollar-Vergleich geeinigt. Damit wendet der Basler Pharmakonzern ein drohendes Strafverfahren gegen seine Tochter Sandoz ab. Eine Sprecherin bestätigte Recherchen des «Sonntag». Sandoz wurde beschuldigt, die staatliche Krankenversicherung Medicaid mit überhöhten Preisen um Millionen betrogen zu haben. rak

**Julius-Bär-Chef wirbt weiter um Bank Sarasin**

**Zürich.** Die Privatbank Julius Bär zeigt sich weiterhin interessiert, die Bank Sarasin zu kaufen. Bank-Bär-Chef Boris Collardi sagte gegenüber «Le Temps», Julius Bär prüfe Übernahmen, und Sarasin erfülle die Voraussetzungen dazu. Bär plane keine «feindliche Übernahme», auch wenn das Gegenteil behauptet werde, sagte Collardi. Mit einer starken Bilanz und der internationalen Plattform «sind wir eine ausgezeichnete Lösung für die Kunden» von Sarasin, gibt sich der Konzernchef überzeugt. SDA

**Joe Ackermann bei Zurich in Poleposition**

**Zürich.** Deutsche-Bank-Chef Joe Ackermann soll Präsident der Versicherungsgesellschaft Zurich werden. Der jetzige Präsident Manfred Gentz habe das Gespräch mit Ackermann aufgenommen, berichtet die «Sonntagszeitung». Ackermann hatte vergangene Woche bekannt gegeben, doch nicht in den Verwaltungsrat der Deutschen Bank zu wechseln. Er verlässt den Konzern im Mai. rak

**Jimenez erklärt sich in Nyon**

Der Novartis-Chef weckt Hoffnungen auf einen Erhalt des Standorts

Von Seraina Gross, Nyon

Celio Rodrigues, Präsident einer der Personalkommissionen von Novartis, glaubte zuerst an einen Scherz, als man ihm am Freitag gegen 14 Uhr sagte, dass Novartis-Chef Joe Jimenez in Prangins angekommen sei, um sich mit dem Personal zu treffen. Seit dem 25. Oktober, als der Basler Pharmakonzern sein Sparprogramm und damit die Schliessung des Standorts in Prangins angekündigt hatte, stand die Forderung nach einem Treffen mit dem obersten Chef von Novartis im Raum. Am Mittwoch vergangener Woche kam es zu einem Warnstreik in Nyon, nachdem Novartis ein von der Gewerkschaft Unia gestelltes Ultimatum ungenutzt hatte verstreichen lassen.

Er habe immer die Absicht gehabt, den Angestellten in Prangins einen Besuch abzustatten, sagte Jimenez in einem Interview am Samstag in der Zeitung «Le Temps». Und: «Ich wäre sogar früher nach Nyon gereist, wenn es das Ultimatum von der Unia nicht gegeben hätte.» Er reagiere nicht auf Ultimativen.

**Jimenez versucht den Spagat**

Das Treffen selbst fand ohne Gewerkschaftsbeteiligung und ohne die Öffentlichkeit in derselben Kantine statt, in der die 320 Angestellten die Hiobsbotschaft von der geplanten Schliessung entgegengenommen hatten. Jimenez' Ausführungen in Englisch wurden auf Französisch übersetzt, um Verständigungsproblemen vorzubeugen. Aufseiten der Unia zeigte man sich zufrieden, obwohl die Gewerkschaft am Treffen nicht beteiligt war. «Ich begrüsse den Auftritt von Jimenez», sagte Gewerkschafter Yves Defferard.



**Gelungener Auftritt.** Jimenez suchte in Nyon Alternativen zur Schliessung.

Foto Keystone

Der genaue Inhalt des Gesprächs mit den Angestellten wurde am Freitag nicht bekannt. Im ausführlichen Interview mit «Le Temps» sagte Jimenez: «Mein Wunsch ist es, den Standort zu erhalten.» Gleichzeitig liess er keinen Zweifel daran, dass sich Prangins heute nicht rechnet. Die Auslastung liege aktuell bei 50 Prozent; andere Standorte seien bis zu 90 Prozent ausgelastet. Zudem könne Prangins nicht für den amerikanischen Markt produzieren, da es von den amerikanischen Behörden nicht zugelassen sei. Dies im Unterschied zum deutschen Wehr, das von der amerikanischen Zulassungsbehörde FDA zertifiziert ist und wohin ein Teil der Produktion verlagert werden soll.

Anders als Novartis-Schweiz-Chef Armin Zust, dessen Interview im «Le

Matin» den Streik vom Mittwoch mitausgelöst hatte, räumt Jimenez der zurzeit laufenden Suche nach Alternativen viel Raum ein. «Die Angestellten sollen wissen, dass ich mich dabei persönlich engagiere und dass wir ernsthaft nach Lösungen suchen.»

**Auch Basel kommuniziert**

Am späten Freitagabend kommunizierte zudem auch die Medienstelle in Basel erstmals ausführlich zu den Anstrengungen, die Schliessung des Standortes Nyon zu verhindern. Die Arbeitsgruppe mit Vertretern der Waadtländer und der Basler Regierung und des Staatssekretariats für Wirtschaft unter der Leitung des designierten Novartis-Schweiz-Chefs Pascal Brenneisen wird sich heute ein erstes Mal treffen.

Diese Woche

**21.11.Montag**

> Quartalszahlen des Computerherstellers Hewlett Packard

**22.11.Dienstag**

- > UBS-Trader Kweko Adoboli wird am Southwark Crown Court in London dem Strafrichter vorgeführt
- > Aussenhandelsstatistik für Oktober
- > Uhrenexporte für Oktober
- > US-Wirtschaftswachstum im dritten Quartal (Schätzung)
- > Der Autohersteller Saab legt Rückzahlungsplan vor

**23.11.Mittwoch**

- > Santésuisse veröffentlicht den Auslandsvergleich der Medikamentenpreise
- > Baumeisterverband mit dem Bauindex viertes Quartal

**24.11.Donnerstag**

- > Arbeitstagung und Jubiläum «100 Jahre GAV» mit Bundesrat Johann Schneider-Ammann in Bern
- > Bundesamt für Statistik veröffentlicht den Beschäftigungsbarometer drittes Quartal
- > Investorenkonferenz der Schweizer Börse
- > Das Telekomunternehmen Sunrise publiziert die Quartalszahlen
- > Jahresmedienkonferenz des Beratungsunternehmens Ernst & Young
- > Treffen der EU-Energieminister in Brüssel

**25.11.Freitag**

- > Nationale Lehrstellenkonferenz
- > Einweihung des neuen Forschungszentrums des Pharmakonzerns Roche in Basel

**26.11.Samstag**

> keine Ankündigung

ANZEIGE

**«Freier Markt ist bester Regulator»**

Fortsetzung von Seite 13

geldes, verhaftet. Damit sind sie drohender Inflation hilflos ausgesetzt. Währenddessen können Vermögende schon lange auf reale Werte ausweichen – und damit ihr Vermögen schützen.

**Welche Auswirkungen hätte es auf den Staat, wenn dieser private Währungen auch als Zahlungsmittel zulassen würde?**

Die Folge wäre eine bessere und nachhaltigere Haushaltspolitik.

**Weshalb sollte dies so sein?**

Weil Geld von guter Qualität Geld von schlechter Qualität langfristig vom Markt verdrängt. Das war schon immer so und wird auch immer so sein. Das ging in der Vergangenheit so weit, dass Zigaretten das staatliche Geld abgelöst haben, weil dieses derart wenig Vertrauen genoss. Wenn nun staatliches Geld qualitativ immer schlechter wird, weil es durch exorbitante Ausweitung immer weniger Wert hat, wird es ganz einfach von

privatem Geld, das mit realen Werten unterlegt ist, verdrängt. Die Staaten könnten es sich in einem System konkurrierender Währungen schlicht nicht leisten, ungehemmt eigenes Geld zu drucken. Sie müssten stattdessen dafür schauen, dass sie ihre Haushalte in Ordnung halten.

**Als wie gross betrachten Sie die Möglichkeit, dass Ihre Idee jemals umgesetzt wird?**

Je mehr Krisen kommen, je mehr die Leute sehen, dass ihr sauer erspartes Geld langfristig wegschmilzt wie Butter an der Sonne, je mehr die Öffentlichkeit erkennt, dass staatliches Geld alles andere als ein sicheres Wertaufbewahrungsinstrument ist, desto grösser wird die Chance, dass sich private Währungen als Zahlungsmittel durchsetzen, die eben auch werterhaltenden Charakter haben. Ich glaube aber nicht, dass man diesen Wettbewerb privaten Geldes von oben verordnen kann. Ich glaube eher an evolutionäre Veränderungen. Und die kommen von unten.

**In der BaZ vor...**

**20 Jahren.** Der Nahrungsmittelkonzern Nestlé dürfte in diesem Jahr mit seinem Umsatz erstmals die Summe von 50 Milliarden Franken übertreffen. Nach zehn Monaten lagen seine Verkäufe mit 41 Milliarden klar über der Vergleichszahl von 1990. Sehr positiv entwickelten sich die Geschäfte auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, sagt Finanzchef Reto Domeniconi. Sie machen bereits zehn Prozent des gesamten Umsatzes in Deutschland aus.

**15 Jahren.** Im Bereich der elektronischen Märkte droht die Schweiz den Anschluss zu verpassen. Zwar würden Onlinedienste von Firmen und Konsumenten vermehrt genutzt. Im Markt für technische Infrastruktur und im multimedialen Angebot spielten Schweizer Unternehmen allerdings fast keine Rolle, zeigt eine Studie. Es müssten regulative Voraussetzungen geschaffen werden, damit die Unternehmen die neuen Medien nutzen könnten.



**10 Jahren.** Die Nerven beim Swissair-Personal liegen sieben Wochen nach dem Grounding blank: Noch sind für die 4500 Betroffenen keine Sozialpläne vorhanden, eine Lösung zu deren Finanzierung liegt in weiter Ferne. Die Angestellten stellen den Investoren der neuen Crossair nun ein Ultimatum: Bis zum 30. November soll die Finanzierung der Lohn- und Sozialansprüche der Gekündigten und Pensionierten von 200 Millionen Franken gesichert sein. Andernfalls schliesse man Kampfmassnahmen nicht aus, sagt Daniel Vischer, Präsident des VPOD Luftfahrt, zur BaZ.